

Wir erteilen anlässlich des Besuchs von Frau Ministerin Dr. Barbara Hendricks folgende

# **Rote Karte an:**

## **Fracking-Gesetz**

- Fracking gesetzlich verbieten – nicht erlauben –  
Denn das Frackingregelungspaket schützt die BürgerInnen nicht vor Fracking .  
Die von der EU-Kommission vor geraumer Zeit bereits empfohlene Strategische  
Umweltprüfung durchführen! Das geltende Recht der UN Aarhus Konvention  
berücksichtigen – verbindliche Bürgerbeteiligung, wenn alle Optionen offen sind.

## **große Stromtrassen**

- sind abzulehnen, es sei denn, ein deutsches Energiekonzept weist deren  
Notwendigkeit für die dezentrale Energiewende nach. (Durchgeführt nach  
geltendem Recht – UN Aarhus Konvention)  
In der BRD gibt es kein, gültiges Energiekonzept. Sogar Tschechien hat ein  
Energiekonzept erstellt. Der Bedarf für die Trassen wurde von den  
Energienetzbetreibern errechnet, also von der Seite, die dann auch daran verdient.  
Wie es sich darstellt, sind die Trassen für eine zentrale Energieversorgung und den europäischen Stromhandel  
gedacht und beauftragt.  
Die dezentrale Energiewende bliebe somit auf der Strecke. Wo bleibt der gesundheitliche Schutz der Anwohner?  
Der offensichtliche Transport von Kohle- und Atomstrom über die großen Trassen ist abzulehnen.



Aus der Oberpfalz, BY

## **Förderung und Verbrennung fossiler Energieträger**

- Fossile im Boden lassen!  
**Erdgas ist keine Brückenenergie!!! Gas ist keine Lösung sondern Teil des Problems!**  
<https://www.boell.de/de/2015/11/30/erdgas-fracking-klimawandel-gas-ist-keine-loesung-sondern-teil-des-problems>

**CETA** - ablehnen! **TTIP** - Verhandlungen stoppen!

## **EU-Subvention für Atomstrom**

- Die Förderung für das AKW Hinkley Point C muss zurückgenommen werden. Ungarn, Tschechien, Ukraine  
und Polen stehen für ihre AKW-Planungen schon in den Startlöchern EU-Subventionen einzufordern.

## **Bürgerbeteiligung beim Bau neuer Atomkraftwerke in Polen**

- Die BürgerInnen Schwedens, Dänemarks, Tschechiens und der Slowakei zum Beispiel haben die Möglichkeit  
der Beteiligung gleich am Anfang der Umweltverträglichkeitsprüfung. Deutschen BürgerInnen bleibt das  
versagt. Deutsche BürgerInnen wollen auch von von Anfang an beteiligt werden!

## **Deutsche Beteiligung in russischen Atomreaktoren**

- Atomprojekte unterliegen nicht dem Embargo gegen Russland. Obst vom Bodensee oder aus  
Ungarn aber schon. (Anhörung PAKS II Ungarn München 20./21.10.2015)

## **Verschärfung der Asylgesetze**

- Keine weiteren Verschärfungen - Die Politik muss endlich in die richtige Richtung gehen!**  
- Wir wollen eine planvolle und humane Aufnahme und Integration von Flüchtlingen!

## **GIFT im Boden im Trink-Wasser in der Nahrung in der Muttermilch im Urin**

- Schutz vor Glyphosat u. Co

## **Überreicht an Frau Bundesministerin Barbara Hendricks am 10.03.2016 in Vohenstrauß**

von V.i.S.d.P.: Hilde Lindner-Hausner , Mühlberg 12, 92702 Kohlberg

u.a. stellvertretend für die Mitglieder von

Abgefrackt Bündnis Weidener Becken gegen Fracking [www.abgefrackt.de](http://www.abgefrackt.de) und

BI WAA NAA BI gegen atomare Anlagen Weiden-Neustadt/WN, Oberpfalz, BY, [www.biwaanaa.de](http://www.biwaanaa.de)

Aarhus Konvention Initiative [www.aarhus-konvention-initiative.de](http://www.aarhus-konvention-initiative.de)